

Revolution im Gesundheitswesen

Autor(en): **Liebi, Erich / Aksoy, Arifé**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **122 (1995-1996)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-601634>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Revolution im Gesundheitswesen

Dem Bundesrat ist der Kragen geplatzt: Er militarisiert das Gesundheitswesen, um die Krankenkassenprämien radikal zu senken.

VON ERICH LIEBI (TEXT)
UND ARIFE AKSOY (ILLUSTRATION)

Schwere Unruhen und Massenkundgebungen im ganzen Land befürchtet der Bundesrat, nachdem die Krankenkassen ihre Drohung wahrgemacht haben, an der massiven Verteuerung der 1997er-Prämien festzuhalten. Der Bundesrat schätzt die Lage als «ausserst explosiv» ein und hat auf den 6. Dezember die *Bundesversammlung* zu einer *Dringlichkeitssitzung* einberufen.

National- und Ständerat werden auch über eine *Teilmobilmachung* der Armee zu befinden haben. Denn nach Erkenntnissen der Polizei haben sich zahlreiche lokale Widerstandsgruppen gebildet, die zu Prämienboykotten aufrufen und lokale Kassenfunktionäre mit Faxbriefen und Telefonanrufen massiv an Leib und Leben bedrohen.



Und für den 13. Dezember 1996, es ist ein Freitag, ist bekanntlich ein Marsch nach Bern mit einer Massenkundgebung um 11 Uhr auf dem Bundesplatz geplant. Die verschiedenen krawallartigen Zwischenfälle der letzten Wochen vor den Niederlassungen einzelner Krankenkassen liessen im Hinblick auf den 13. Dezember «nichts Gutes» erwarten, erklärte Gesundheitsministerin Ruth Dreifuss. Inzwischen müsse von einer regelrechten Massenbewegung gegen die Krankenkassen gesprochen werden. Weite Teile der Bevölkerung seien «einfach nicht mehr bereit», für die Gesundheit immer mehr zu bezahlen.

IN IHRER LAGEBEURTEILUNG STELLT die Bundesrätin «besorgt» fest, die Situation habe sich Mitte November dramatisch zugespitzt, als «aufgrund einer Panne» die *Sonntags-Zeitung* eine geheime Repräsentativstudie des *Bundesamtes für Gesundheitswesen BAG* in die Hände bekam und publizierte.

Tags darauf wurden in der gesamten Schweizer Medienlandschaft die niederschmetternden Ergebnisse der Studie kommentiert: 75 Prozent der Schweizer sind heute im Durchschnitt 15 bis 35 Prozent weniger gesund als vor fünf Jahren, während sich gleichzeitig die Ausgaben für das Gesundheitswesen verdoppelt haben. Diese Zahlen, so Dreifuss, seien von den Medien «verzerrt» wiedergegeben worden, wodurch der Eindruck entstanden sei, für immer mehr Geld gebe es immer weniger des begehrten Konsumgutes Gesundheit zu kaufen.

ALS SOFORTMASSNAHME BEANTRAGT der Bundesrat dem Parlament, das Gesundheitswesen zu militarisieren. In ihrer Begründung führt die Landesregierung dem *Zürcher Tages-Anzeiger* ganz massiv an den Karren. Der stellvertretende Chefredaktor Hanspeter Bärigin habe mit seinem Kommentar vom 25. Oktober unter dem Titel «Mir reicht's!»

unverblümt zum Widerstand gegen die Krankenkassen aufgerufen. So sei es nicht verwunderlich, dass sich im Grossraum Zürich eine Anti-Krankenkassen-Front zu bilden begonnen habe. Der Bundesrat vermutet eine «eigentliche Aktions-Kampagne «gewisser Medien», wie man sie bereits im Falle des Flughafens Genf kennen, als die *Swissair* bekanntgab, die meisten Interkontinentalflüge ab Genf streichen zu wollen. Als klares Indiz für eine «orchestrierte Kampagne» der Medien beider Seiten des Röstigrabens wertet der Bundesrat ausserdem die Tatsache, dass der Kommentar von Hanspeter Bärigin «wenig später» von *Jacques Pillet* im *Nouveau Quotidien* «in verschärfter Form» übernommen worden sei.

«Die Lage hat sich dramatisch zugespitzt», erklärt der Bundesrat.

EINE VERANTWORTUNGSBEWUSSTE Information der Bevölkerung zum Thema Gesundheit und Krankenkassen sei unter diesen Umständen nicht mehr möglich, weshalb der Bundesrat beschlossen hat, als «erste Massnahme» die rentierten Journalisten aus ihren Redaktionsstuben zu holen und in den Aktivdienst einzuberufen. Zwangsweise leisten die Journalisten jetzt im Kampfanzug und für einen Sold von ein paar Franken Aktivdienst in der *Abteilung für Presse und Funkspruch APF*.

Diese Medientruppe der Schweizer Armee, erkennbar an den schwarzen Achselpatten ohne Aufschrift, soll die Bevölkerung «rasch und objektiv» über das hochsensible Thema Krankenkassenprämien informieren und zu Besonnenheit aufrufen. Im Hinblick auf die *Militarisierung des gesamten Gesundheitswesens* und die *Teilmobilmachung* der Armee sei «eine sachgerechte und emotionsfreie Information der Öffentlichkeit» absolut unerlässlich, erklärte die Landesregierung in Bern. In den geheimen TV-Studio unter dem Bundeshaus produziert die APF jetzt Sendungen, die auf Schweiz 4 ab nächstem Montag gesendet werden:



Charles Clerc präsentiert im Kämpfer die Nachrichten, Matthias Hüppi moderiert auf der Kampfbahn eine Sendung unter dem Titel «Gesund durch Sport», und der Produzent von «Fascht e Familie», Christian Ledergerber, dreht die moralisch aufbauende Sitcom «Prämiezahle isch luschtig». Ausserdem sind APF-Nachrichten auf dem reaktivierten Mittelwellen-Sender Beromünster sowie Zeitungen in allen vier Landessprachen geplant. Von den regulären Truppen sollen in erster Linie die Sanitäts-, Luftschutz-, Versorgungs-, Transport- und Übermittlungseinheiten aufgebildet werden. Arbeitslose werden generell dienstverpflichtet und in Schnellkursen für Hilfsdienste ausgebildet. Je nach Entwicklung der Lage werden auch Polizei- und Kampftruppen mobilisiert, um Ruhe und Ordnung sowie den Schutz gefährdeter Einrichtungen zu gewährleisten.

WENN DIE BUNDESVERSAMMLUNG dem Antrag zur Militarisierung zustimmt, werden die Kosten des Gesundheitswesens «rasch und massiv sinken», heisst es in der bundesrätlichen Botschaft. Insbesondere Spitzenverdiener

wie Chefärzte, Chirurgen, Spital- und Krankenkassendirektoren müssen ihre Gürtel enger schnallen. Sie werden sich mit dem nicht gerade üppigen *Sold der Schweizer Armee* und dem *Erwerbserersatz der AHV* zufriedengeben müssen.

Armeepferde werden als Krankenwagen eingesetzt, notfalls sogar mit Blaulicht...

Ausserdem werde – wie im Armeesanitätsdienst üblich – keine «Luxusmedizin betrieben», sondern aufgrund strenger Triage nur das wirklich Lebensnotwendige getan. Den Krankentransport übernehmen *Train-Soldaten*, deren Pferde eine Satteldecke vom *Schweizerischen Roten Kreuz* erhalten. Für Notfälle könnten die Pferde mit Blaulicht und Sirene ausgerüstet werden.

Die Verpflegung der Patienten werde ebenfalls «nach Armeerichtlinien» erfolgen. Die Erfahrungen der Armee hätten gezeigt, dass der Wille zur Heilung und damit zur baldigen Entlassung aus dem Militärspital bei Büchsenfleischkäse und Militärbisquits viel höher sei als bei einem zarten Trutenschnitzel und feinem Schoggi-Mousse im Zivilspital.

Die Krankenkassen werden für die Dauer der Militarisierung stillgelegt, das Abrechnungs- und Kontrollwesen wird vom Bundesamt für Gesundheitswesen

und dem Oberkriegskommissariat gewährleistet. Ähnlich wie im Krieg die Nahrungsmittel rationiert wurden, sieht der Bundesrat vor, die ärztlichen Dienste zu rationieren. Eine persönliche Chipkarte mit einem *Gesundheitsguthaben* werde an die Bevölkerung abgegeben. Wer es aufgebraucht habe, könne entweder beim BAG einen «Nachtrag» kaufen, bzw. nicht benutzte Guthaben anderer Personen auf seine Karte übertragen.

FÜR DIESEN AKTIVDIENST WILL DER Bundesrat keinen *General* wählen lassen. Da es sich nicht um einen kriegsbedingten Einsatz der Armee handle, könne das Oberkommando durchaus auch einer Frau übertragen werden. Vorgeschlagen für den Job an der Armeesp(ri)tzte wird Gesundheitsministerin Ruth Dreifuss.

Der Bundesrat geht davon aus, dass die Militarisierung des Gesundheitswesens und die entsprechenden Truppenaufgebote mindestens sechs Monate dauern werden. Die Rationierung soll gleich definitiv eingeführt werden, da sie dem Prinzip gerecht werde wonach Gesundheit ein kostbares und nicht beliebig vermehrbares Gut sei.

Die Leistungen des militarisierten Gesundheitswesens können in der ganzen Schweiz einheitlich über die *Telefonnummer 157 81 77* beansprucht werden (Fr. 4.23/Min. inkl. MwSt.).